61. Jahrgang No. 219

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung und
farbig illustriertem Witzblatt ULK

Morgen-Ausgabe
Mittwoch, 14. Mai 1913

Erscheint täglich zweimal, Sonntags nur morgens, Montags nur abends. Abonnementspreis in Groß-Berlin und vielen Orten der Provinzen Brandenburg, Sachsen u. Herzogt. Anhalt 30 Pf. wöchentl. bzw. 85 Pf. monatl. frei ins Haus, vierteljährl. M. 2.55. Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich 90 Pf. und vierteljährl. M. 2.70. — Insertionspreis für die Zeile 50 Pf., Stellenangebote und Gesuche 40 Pf. Kleine Anzeigen: das Wort 8 Pf., jedes fettgedruckte Wort kostet 15 Pf. — Redaktion und Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Strasse 46-49. Tel.: Amt Zentrum, Nr. 10181-10143. — Chefredakteur: Karl Vollrath, Berlin SW.

Filialen: Prinzenstr. 41, Wiener Str. 1-6, Frankfurter Allee 61-62, Grosse Frankfurter Str. 31, Prenzlauer Allee 54, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Str. 27, Badstr. 55, Königstr. 56-59, Rosenthaler Str. 48, Rathenower Str. 3, Potsdamer Strasse 83, Leipziger Str. 105, Blücherstr. 69, Charlottenburg: Tauentzienstr. 1; Kantstr. 34, Scharrenstr. 39, Friedenau: Rheinstr. 39; Halensee-Grunewald: Hertiettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Chaussee 130; Lichterfelde-W.: Carlstr. 1-3; Reinickendorf: Berliner Strasse 41; Pankow: Bornholmer Strasse 1; Schöneberg: Hauptstrasse 23-24, Martin-Luther-Strasse 9, Steglitz: Albrechtstrasse 139; Tegel: Berliner Strasse 50, Tempelhof: Berliner Strasse 104 a; Wilmersdorf: Uhlandstrasse 93-99; Brandenburg: Steinstrasse 1; Frankfurt a.O.: Regierungsstrasse 5; Potsdam: Brandenburger Str. 52; Spandau: Breite Str. 47.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Der Mißbrauch des Opferjahres.

Der Herr Reichskanzler hat mit seinen Reden zur Wehrnovelle bewiesen, daß Deutschland mit Frankreich und Rußland gut und mit Großbritannien besser stehe; darum sei die furchtbarste Rüstung dringlicher denn je — nota bene mit Wirkung zum Jahre 1917.

Inzwischen geht der Mißbrauch des Opferjahres 1813 weiter.

Es wird das „Gewicht der Weltlage als so ernst und schwer" geschildert, daß jeder Abstrich an der umfassendsten aller Militärvorlagen als Hochverrat an den Errungenschaften von 1813 gelten soll.

Der nationalliberale Führer Ernst Bassermann gab im Reichstag einen internationalen Rundblick. Im vorigen Jahre befürchtete der badische Politiker den Abfall Italiens vom Dreibund, weil Oesterreich zahlreiche Truppen aus Galizien und Mähren wegzog und nach Südtirol und Dalmatien warf; gleichzeitig donnerte er gegen Albion. Diesmal freute sich Bassermann mit Recht über die Verbesserung unserer Beziehungen zu England. Er fürchtete von dem bundestreuen Italien lediglich, daß es, durch sein libysches Kolonialunternehmen festgelegt auf die Wünsche von Großbritannien und Frankreich Rücksicht nehmen müsse und darum den Zentralmächten nicht seine ganze Kraft zur Verfügung stellen könne.

Diese Sorge ist unbegründet. Durch Gewinn der neuen Flottenstützpunkte Augusta auf Sizilien, Tripolis, Bengasi und der Bucht von Bomba in Nordafrika wurde die Stellung Italiens im Mittelmeer derart überragend, daß Frankreich sofort seine gesamte Kriegsflotte nach Biserta und Toulon schickte, Großbritannien seinen Zentralpunkt Malta durch Absendung der fünf neuesten Schlachtkreuzer verstärkte und obendrein die Hilfsflotte seiner Kolonien in Gibraltar stationierte. Diese günstigen Momente, die Bundestreue des militärisch höher einzuschätzenden Italiens und die Annäherung Großbritanniens an den Dreibund, hat der süddeutsche Anwalt der preußischen Militärvorlage verschwiegen. Der Sieg des Balkanbundes hat Rußlands Prestige gesteigert; nicht das Deutsche Reich, sondern Großbritannien hat die Sprengung der Dardanellen durch die Russenflotte und den Vorstoß des Russenheeres durch Armenien nach Bulgurlu und Adana zu fürchten.

Nach der Zusammenkunft Wilhelms II. mit Nikolaus II. in Baltischport veröffentlichte Herr v. Bethmann am 12. Juli 1912 folgende Note:

„Der Gedankenaustausch in Baltischport ergab aufs neue den festen Entschluß, die zwischen beiden Ländern bestehenden altehrwürdigen Traditionen hoch zu halten. Die Begegnung von Baltischport bezeugt einerseits die feste und dauernde Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland und bedeutet andererseits auch einen beredten Ausdruck der friedlichen Grundrichtung, welche die Politik beider Länder in gleichem Maße bestimmen."

Beruhte diese Note des Auswärtigen Amtes auf Selbsttäuschung oder bedeutete sie eine Umschmeichelung der persönlichen Politik des Kaisers? „Die Erfolge der Reise des Reichskanzlers nach Petersburg übertreffen unsere kühnsten Erwartungen," sagte Herr Alfred v. Kiderlen zum Magistrat von Kissingen. Jenes Lob soll heute als grausamster Hohn gedeutet werden, den je ein Beamter über seinen Chef in die Oeffentlichkeit gebracht habe. In den vertraulichen Budgetkommissionssitzungen wurden nämlich die moskowitische Koloß und die Teufelei der Panslawisten und der in Pariser Modeartikeln und Lyoner Seide, in Bordeauxweinen und in „Revanche" nach der Newa reisende Théophile Delcassé . . . als die gefährlichen Karnickel für den Weltfrieden hingestellt.

Was darf nun als Wahrheit gelten? Die Note vom 12. Juli 1912 oder die geheimnisvolle Tuschelei von des Zaren Unberechenbarkeit?

Der Vertrauensverbrauch unserer Regierenden ist ungeheuer. Innerhalb weniger Monate ist die Haltung der Staatsmänner und Diplomaten, Kriegsminister und Generalstäbler in ihr Gegenteil verkehrt.

Man hat die Militärvorlage das Produkt unserer unzulänglichen Diplomatie genannt. Die Vertreter Deutschlands im Ausland hören nichts und sehen nichts; denn ein Großteil des erklusiv den diplomatischen Auslandsdienst besorgenden preußischen Adels versteht nicht, daß regieren heißt vorausſehen.

Diese Kritik, leider nur allzu berechtigt, trifft gleichwohl nicht die Wurzel des Uebels. Seit dem 18. März 1890 leidet Deutschland unter der Politik jählings wechselnder Ziele. Es fehlt die eine, stete, große Linie, an der die britische und russische Erbweisheit in der hohen Politik festzuhalten pflegt. Freundschaften werden bei uns angestrebt und rasch gewechselt. Die Versuche der Anbiederung heute an Rußland samt seinem französischen Verbündeten, morgen an „unseren schlimmsten Konkurrenten" Großbritannien, übermorgen an den großen Nonvaleur, die Türkei; die Versuche, das christliche Europa einmal gegen die gelbe Gefahr von ganz Asien, das andere Mal gegen das materielle Amerika als Dollarland, das dritte Mal gegen das mit Japan verbündete Großbritannien als „gemeingefährlichen Feind der Kulturmenschheit" zu gruppieren; das alles brachte alle vier Reichskanzler zur Verzweiflung und machte Herrn v. Tirpitz zur wichtigsten Figur der nachbismarckischen Aera. Einem Eduard VII. fiel so mit seinem Gegenstoß leicht der Erfolg zu. Die Berliner Politik geriet Schritt vor Schritt in die Defensive.

Um diese Mißerfolge in der Auslandspolitik, wobei der klägliche Zusammenbruch des Osmanenreiches nur eine Episode bedeutet, einigermaßen zu verdecken, sollen die „nationalistische Wiedergeburt" und das Zurückgreifen Frankreichs auf die dreijährige Dienstzeit die deutsche Wehrnovelle rechtfertigen.

Zur Schaffung der Festfreude beim Kaiserjubiläum muß die Militärnovelle bewilligt werden, meinen alle Höflinge. Gleichzeitig malen zur Hebung des Reingewinns der Firma Krupp alle von Essen gepeitschten Zeitungen die Kriegsgefahr mit Riesenschrift an die Wand. Schließlich wird Herr v. Bethmann Graf werden, Herr Ernst Bassermann aus Schwetzingen aber keinen Botschafterposten erhalten und das Volk wird die Riesenzeche zahlen.

Kurze Chronik.

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow ist gestern abend nach Wien abgereist. Er wird heute nachmittag vom Kaiser Franz Josef in besonderer Audienz empfangen.

Prinzregent Ludwig von Bayern und Gemahlin trafen gestern nachmittag zum Besuche am hessischen Hofe in Darmstadt ein.

Neuere Feststellungen über den Unfall des bulgarischen Militärzuges auf der Strecke Buk—Drama haben ergeben, daß die ersten Meldungen stark übertrieben waren. Es sind sechs Soldaten getötet und vierzig verwundet worden. Die Lokomotive des Militärzuges wurde beschädigt.

Das Komitee der olympischen Spiele hat im Einvernehmen mit der griechischen Regierung beschlossen, daß die Internationalen olympischen Spiele im Frühjahr 1914 in Athen stattfinden sollen.

Ein Gefecht in Neukamerun.

Ein Vizefeldwebel getötet.

Aus Neukamerun wird ein Gefecht mit Eingeborenen gemeldet, in dem ein Weißer, der Vizefeldwebel der Schutztruppe Fritz Siewertsen aus Niebüll (Kreis Tondern), früher 3. Garderegiment zu Fuß und Schutztruppe für Südwestafrika, gefallen ist. Bei dem Dorfe Aloga in dem südlich von Spanisch-Guinea gelegenen Munibezirk wurden im April fortgesetzt Karawanen, auch solche, die von Europäern geführt waren, von Eingeborenen angegriffen. Dabei wurde ein farbiger Soldat getötet und die von Elodobo, der Hauptstation des Bezirks, aus der Grenzexpedition Monda-Dschua zugeleitete Post nebst einer Geldkiste geraubt. Der Oberleiter der Grenzexpedition im Süden, Major Zimmermann, entsandte darauf den ihm beigegebenen Vizefeldwebel Siewertsen von der Ortschaft Afara-Nkort südwestlich Nduja mit 29 Soldaten auf Aloga. Dieser stürmte am Morgen des 17. April das dicht nördlich Aloga gelegene Dorf Ebagama-Jenne. In dem Gefecht erhielt er aus einem Hinterhalt einen Halsschuß, der am 20. nachmittags seinen Tod herbeiführte. Weiter fiel ein Soldat, während die Eingeborenen angeblich dreißig Tote hatten. Major Zimmermann traf am 20. April zwar unbehelligt in Aloga ein, hat aber die zehnte Kompagnie aus der Gegend von Ojem zum Vormarsch nach Etön zur Oeffnung der Etappe nach Elodobo herangezogen. Hauptmann Abel, der Führer der Monda-Dschua-Grenzexpedition, ist zu Major Zimmermann marschiert. Am 21. wurde der Vizefeldwebel Siewertsen unter militärischen Ehren beigesetzt.

Bayern und die Deckung.

Der Weg zur Fehlbetragswirtschaft.

Die von uns schon erwähnten vertraulichen Besprechungen über die Deckungsfrage, die neuerdings zwischen der Regierung und den Vertretern der bürgerlichen Parteien des Reichstags stattfinden, sind, wie wir hören, als eine Folge des letzten Besuches des bayerischen Ministerpräsidenten in Berlin zu betrachten.

Der Standpunkt, den die bayerische Regierung bisher bei den Verhandlungen über die Deckungsfrage eingenommen hat, läßt sich dahin kennzeichnen: Das Reich braucht nicht so viel Geld, als es haben will. Die Ueberschüsse, über die es verfügt, und der vom Wehrbeitrag zu erwartende Mehrerlös setzen es in den Stand, einstweilen auf neue Steuern zu verzichten. Kommt es mit diesen Mitteln nicht aus, so ist es immer noch Zeit, neue Steuern einzuführen. Aus diesem Grunde ist die bayerische Regierung bemüht, den Zuschlag zu den Matrikularbeiträgen, der mit 1,25 Mark auf den Kopf in Aussicht genommen ist, erheblich zu ermäßigen. Es gibt hoffnungsfreudige Zentrumsmänner, die der Erwartung leben, daß 45 Pfennig auf den Kopf genügen werden.

Der Abgeordnete Speck, eines der bayerischen Mitglieder des Zentrums, war es, der bei der ersten Lesung des Reichshaushaltsetats bereits auf diese Verwendung der Ueberschüsse anspielte, und derselbe Abgeordnete war es, der seinerzeit gegen die Wermuthschen Finanzpläne so erfolgreich Widerspruch erhob, daß der vorige Reichsschatzsekretär, der die heillose Fehlbetragswirtschaft des Reiches endlich einmal gründlich beseitigen wollte, schließlich zurücktrat. Die Lösung der Deckungsfrage, die Herr Speck und die Seinen jetzt anstreben, führt sicher wiederum zur Fehlbetragswirtschaft.

Man verläßt sich auf Ueberschüsse, die ausbleiben können, und auf Mehrerträge, die noch gar nicht feststehen. Man lebt rungsweise, für die der selige Graf Taaffe die Bezeichnung „fortwursteln" geprägt hat. Das Ende sind Steuerschrecken!

Der preußische Militärattaché in München ermordet.

(Telegraphische Berichte.)

München, 13. Mai.

Heute mittag kurz nach 1 Uhr wurde in der Mühlstraße durch einen anscheinend geistesgestörten Mann namens Strasser der Oberwachtmeister von der Schutzmannschaft Bollländer, der Strasser kontrollieren wollte, erschossen und der Militärattaché der preußischen Gesandtschaft Major v. Lewinski, der dem Oberwachtmeister zu Hilfe eilen wollte, durch zwei Schüsse in die Brust so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in die chirurgische Klinik verstarb. Der Täter, der sämtliche Patronen seiner Browningpistole abgefeuert hatte, wurde verhaftet.

München, 13. Mai. (Privat-Telegramm.)

Das Attentat, dem der Militärattaché und der Wachtmeister zum Opfer fielen, spielte sich nach polizeilichen Ermittelungen folgendermaßen ab: Major v. Lewinski kam aus der Richtung des Friedensdenkmals. Vermutlich wollte er sich zur preußischen Gesandtschaft begeben, die in der Prinzregentenstraße liegt. Plötzlich sprang an einem Rondell der Prinzregentenstraße ein anständig gekleideter Mann auf ihn zu und feuerte einen Schuß auf ihn ab. Der Major wollte gerade seinen Säbel ziehen, um sich gegen den Angreifer zu wenden, als ein zweiter Schuß krachte, der den Offizier in die Lunge traf und zu Boden streckte. Der Oberwachtmeister Bohlender, der gerade des Weges kam, wollte dem Offizier zu Hilfe eilen. Der Mörder richtete den Revolver jetzt gegen den Oberwachtmeister und feuerte zwei Schüsse auf ihn ab, von denen der eine in den Kopf traf und den Wachtmeister auf der Stelle tötete. Unter den Passanten der stillen Prinzregentenstraße entstand zunächst eine Panik. Schließlich stürzten sich einige Leute auf den Täter, der sich wehrte und dabei fünf weitere Personen verletzte. In dem Handgemenge wurde der Revolverschütze übel zugerichtet. Er erhielt Verwundungen am Kopf und an den Armen, die jedoch nicht schwer sind. Es wurde solange auf ihn eingeschlagen, bis ein Polizist in einer Droschke erschien und den Mörder abführte. Erst in später Nachmittagsstunde war er vernehmungsfähig. Es handelt sich wahrscheinlich nicht, wie anfangs angenommen wurde, um einen Geisteskranken, sondern um einen völlig normalen Menschen, der die Tat nach reiflicher Ueberlegung ausgeführt hat. Ueber das Motiv des Mordes ist noch nichts bekannt. Der Verhaftete verweigert über seine Beweggründe jede Auskunft. Er erklärte, daß er nie an einer Krankheit gelitten habe, und auch durch die Untersuchung der Gerichtsärzte konnte keine Geisteskrankheit bei ihm festgestellt werden. Auf die Frage, ob er wisse, was er getan habe, antwortete er: „Das braucht man mir nicht zu sagen; ich weiß, was ich will." Seine weiteren Antworten waren ausweichend. Auf die Frage nach seinem Namen gab er hintereinander zwei verschiedene Namen an, die wahrscheinlich beide falsch sind. Auf Grund der Fingerabdrücke des Verhafteten, die mit den bei der Polizei befindlichen verglichen wurden, scheint es sich um den 34 Jahre alten Zinngießer Johann Straßer aus Deggendorf bei München zu handeln.

Major Oskar v. Lewinski war sei einem Jahr Major und wurde erst im Anfang dieses Jahres zum Militärattaché in München ernannt. Vorher war er Generalstabsoffizier der großherzoglich hessischen Division in Darmstadt.

Der Mörder ein Anarchist?

München, 13. Mai.

Der Mörder des Militärattachés, Major v. Lewinski und des Polizeiwachtmeisters Bohlender ist vielfach schwer vorbestraft. Bei seiner polizeilichen Vernehmung erklärte er auf die Frage, warum er die unselige Tat verübt habe: **aus Wut.** Er versicherte, daß er den Major nicht gekannt habe. Die Polizei bezeichnet Straßer, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, als **Anarchisten.**

Fortsetzung der Fleischenquete. Wie man uns schreibt, findet am 11. Juni und an den folgenden Tagen eine Fortsetzung der Vernehmung von Sachverständigen über die Verhältnisse im Vieh- und Fleischhandel statt. Es kommen, nachdem bei den letzten Vernehmungen 40 Sachverständige aus Süddeutschland gehört waren, diesmal etwa 100 Sachverständige aus Westdeutschland, Friesland, Holstein, Mitteldeutschland, Ostdeutschland und Sachsen zu Wort.

Die Aussichtslosigkeit des Pariser Bäckerstreiks. Der Bäckerstreik hat, wie uns ein Telegramm unseres Pariser Korrespondenten meldet, am gestrigen Tage weiter abgenommen. Am ersten Tage der Bewegung betrug die Zahl der Ausständigen 850, gestern waren es nur noch 762. Man nimmt an, daß diese Ziffer bis heute noch erheblich sinken wird. Viele Streikende sollen die Aussichtslosigkeit des Streiks eingesehen haben; sie werden voraussichtlich heute die Arbeit wieder aufnehmen. Das Pariser Gericht verurteilte gestern nachmittag einen Streikenden, der

am Montag gegen einen arbeitswilligen Bäckergesellen vorgegangen war, zu zwei Tagen Gefängnis und fünfzig Francs Geldbuße.

18. Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.).

Ein Konflikt mit den Regierungsvertretern.

Der 18. Verbandstag der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) hat am Pfingstdienstag seine Arbeiten begonnen. Der Vorsitzende des Zentralrats Hartmann-Berlin eröffnete die Versammlung, zu der 42 Delegierte, darunter ein weiblicher, erschienen sind. Das Reichsamt des Innern hat den Geheimen Regierungsrat Siefart entsandt, vom Reichsversicherungsamt ist der Senatspräsident Dr. Kähler erschienen, die Berliner Stadtverordnetenversammlung ist durch den Stadtverordneten Landtagsabgeordneten Rosenow vertreten. Außerdem ist anwesend von der Zentralkommission der deutschen Arbeiterverbände Oesterreichs das Mitglied des österreichischen Handelsministeriums Ferdinand Ertel, weiter für die Gesellschaft für soziale Reform Professor Frank, Stadtrat in Schöneberg, ferner der Schöneberger Stadtverordnete Salinger und die Vorsitzende des ständigen Ausschusses zur Förderung der Arbeiterinneninteressen Fräulein Friedenthal.

Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Landtagsabgeordneter Goldschmidt, begrüßte die Delegierten, sowie die erschienenen Gäste und dankte besonders dem Reichsamt des Innern und der Berliner Stadtverordnetenversammlung für die Entsendung von Vertretern. In der Arbeiterbewegung, führte er aus, nehmen wir nicht nur eine berechtigte, sondern eine notwendige Stellung ein. Wenn der

Einfluß von Partei und Kirche

auf die Arbeiterorganisationen sehr stark geworden ist, so glauben wir, daß unsere Organisation, die ohne jede Rücksicht auf Partei und Kirche die Arbeiter zusammenfassen will, notwendig ist und mit der Zeit die übergroße Mehrheit der Arbeiter in sich vereinigen wird. Dabei stehen wir auf dem Boden der bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung und machen uns dadurch mehr verdient um das Wohl der Nation als die Bewegung, die links von uns den einseitigen Klassenkampf pflegt, und die Bewegung, die rechts von uns dem Einfluß des Papstes unterliegt, wie ja in neuester Zeit die Enzyklika sehr deutlich bewiesen. Die Arbeiterbewegung muß unabhängig bleiben und muß einheitlich sein, schon um die Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern nicht erschweren. (Lebhafter Beifall.)

Im Namen des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern bestätigt Geheimrat Siefart, daß die Tagung, auf der das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter, die Rechtsverhältnisse zwischen Unternehmern und Arbeitern und die Vertretung in der Arbeiterversicherung behandelt werden sollen,

die besondere Aufmerksamkeit der Reichsleitung

verdient und erfährt. Wenn auch Ansichten, speziell bei dem zuerst genannten Punkte, hervortreten sollten, die vielleicht nicht mit denen der Reichsleitung sich decken, so ist die Reichsleitung doch überzeugt, daß sie alle in vaterländischer Gesinnung wurzeln und auf dem festen Untergrunde unserer bestehenden Staats- und Wirtschaftsordnung. Er fügte noch hinzu: Es ist nicht üblich, daß ein Regierungsvertreter bei solchen Tagungen in die Debatte eingreift. Ich bitte Sie daher, aus meinem Schweigen keinerlei Schlüsse zu ziehen. Jedenfalls werde ich Ihre Verhandlungen aufmerksam verfolgen und meinem Chef Orange über Bericht erstatten. Ich wünsche Ihren Beratungen guten Erfolg. (Beifall.)

Der Vertreter des Reichsversicherungsamtes Senatspräsident Dr. Kähler erwähnte unter anderem, daß er den speziellen Auftrag habe, hier auszusprechen, daß Ihre Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt stets taktvoll und verständnisvoll war und sich in den Grenzen einer gerecht abwägenden Kritik gehalten hat. (Beifall.)

Der Vertreter des Zentralkomitees der deutschen Arbeiterverbände Oesterreichs Ertel betonte, daß bereits 35 000 deutschnationale Arbeiter in der Zentralkommission zusammengeschlossen sind.

Nachdem auch die übrigen Gäste für die Einladung gedankt und den Verhandlungen guten Erfolg gewünscht hatten, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Auf ihr stand zunächst ein Referat des Reichstagsabgeordneten Weinhausen über das

Koalitionsrecht der Staatsarbeiter.

Der Redner führte aus: Das stets wachsende Heer der Staatsarbeiter unterscheidet sich sehr wesentlich von dem größeren Heer der Privatarbeiter. Der Arbeitgeber ist hier nämlich das Reich, der Staat, die Stadtgemeinde, und daher haben diese Arbeiter eine gesicherte Existenz. Ein solcher Arbeitgeber ist nicht so der Konjunktur unterworfen, nicht so von der Konkurrenz abhängig wie der private Arbeitgeber. Die Arbeitsverhältnisse sind infolgedessen stetiger, die Löhne und die Urlaubsverhältnisse gleichmäßiger. Freilich schauen die Leiter der Staatsbetriebe oft gar zu ängstlich auf die Privatbetriebe hin und scheuen sich, die Arbeiter wesentlich besser zu stellen, als in den Privatbetrieben, aus der Besorgnis, den Privatbetrieben ginge sonst der Atem aus. Immerhin wird durch diese Verhältnisse in den Staats- und Gemeindearbeitern ein anderes Ideal geschaffen als bei den freien Arbeitern, nämlich

das Beamtenideal.

Sie wünschen eine so gesicherte Stellung, wie sie die Beamten haben, und sie wünschen auch für ihr Alter eine Pension, wie sie die Beamten haben. In Wirklichkeit hat der Staatsarbeiter diese Ideale noch lange nicht erreicht. Das Koalitionsrecht ist auch für diese Arbeitsgruppe ein unbedingt erwünschtes Recht. Gerade weil diese Arbeiter auf die Parlamente angewiesen sind, müssen sie dafür sorgen, gehört zu werden. Gehört wird aber nicht der Einzelne, sondern nur die Organisation. Die Organisation der Staatsarbeiter ist noch jung. In den Hirsch-Dunckerschen Organisationen sind etwa 22 000, in den christlichen 72 000 Staatsarbeiter der verschiedensten Art organisiert. Es kommen dazu noch etwa 130 000 in sogenannten unabhängigen Vereinen Organisierte, dann noch in verschiedenen Eisenbahnverbänden, denen sozialdemokratische Neigungen nachgesagt werden, eine Gruppe, deren Zahl nicht feststeht. Im ganzen sind etwa

273 000 organisierte Staatsarbeiter

vorhanden, während die Gesamtzahl der Staatsarbeiter überhaupt 630 000 betragen dürfte. Somit sind noch mehr als 57 Prozent unorganisiert, die ein weites Feld der Betätigung gerade für die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine bilden. Auch die Staatsarbeiter haben ein freies Vereins- und Versammlungsrecht; nur wenn sie Gebrauch davon machen, kommen die hohen Staatsbehörden und äußern Bedenken. Die Arbeiter sollen nur in die wohlgesinnten staatserhaltenden Vereine hineingehen und sich von allen Vereinen und Versammlungen fernhalten, die irgendwie in den Verdacht gezieht, daß Staatsinteresse zu gefährden. Oft wird schon jedes Kritisieren und Räsonieren verboten. Wenn ein so staatstreuer Verband wie der der Militärarbeiter in München in seinem Organ eine etwas derbe Sprache führt, dann kommt sofort der bekannte Aushang in den Arbeitsstätten, der zwar die Mitgliedschaft in dem Verein nicht direkt verbietet, sondern die bekannte Form hat: „Es wird erwartet, daß jeder sich von dem Verband fernhält, solange er diese Sprache führt usw."

Das muß natürlich wie ein direktes Verbot wirken. Es fehlt eben die Fühlung zwischen den höchsten Leitern der Staatsbetriebe und den Massen der Arbeiter. Diese Fühlung wird nur durch höhere Beamte und Offiziere hergestellt, die die Sprache der Arbeiter nicht verstehen. Die Arbeiter führen eine etwas derbere Sprache als der Diplomat. Dieses

gegenseitige Nichtverstehen

führt dann zu solchen Verboten, wodurch der Kreis der eigentlich erlaubten Organisationen recht eng gezogen ist. Es herrscht in allen Staatsbetrieben noch eine Abneigung gegen die Organisation überhaupt. Das Wort „Streik" gilt bei vielen Leitern der Staatsbetriebe gleichbedeutend mit Revolution, das Wort „Organisator" gleichbedeutend mit berufsmäßiger „Hetzer". Solange diese Anschauungen noch herrschend sind, wird das Koalitionsrecht der Arbeiter kaum erweitert werden. In den Staatsbetrieben herrschen noch die Anschauungen über die Organisation der Arbeiter, wie sie Freiherr v. Stumm im Anfang der neunziger Jahre betätigte. Freiherr v. Stumm wollte den Arbeitern die Organisationen vorschreiben, denen sie angehören dürfen, er wollte ihnen die Zeitungen nennen, die sie lesen dürfen, die Wirtschaften, die sie besuchen dürfen. Genau so geschieht es heute noch in den Staatsbetrieben. Selbst das Heiraten der Arbeiter wollte Freiherr v. Stumm von seiner Erlaubnis abhängig machen. Erreicht hat er nichts. Trotz ihm sind die Organisationen auch in Saarabien eingedrungen. Genau so verhält es sich mit den staatlichen Werkstätten. Auch da dringen überall die Organisationen ein, und wo sie nicht offen vorhanden sein dürfen,

existieren sie heimlichen.

Wir müssen von den Leitern der Staatsbetriebe verlangen, daß sie in sozialpolitischer Hinsicht modern denken. Ohne Organisation ist der soziale Friede mehr gefährdet als mit einer Organisation. Der Vortragende empfahl folgende Resolution:

„Der Verbandstag bedauert, daß der Reichstag die wichtigen Staatsarbeiterfortbildungen, wie sie in der Resolution der Fortschrittlichen Volkspartei zum Militäretat zusammengefaßt waren, nicht durch einstimmigen Beschluß gutgeheißen hat. Der Verbandstag fordert für alle Staatsarbeiter das Recht, sich in Berufsvereinen zusammenzuschließen und in diesen Berufsvereinen ihre Wünsche mit demselben Nachdruck vertreten zu dürfen, wie es die Berufsvereine der Privatarbeiter tun. In gemeinnützigen öffentlichen Betrieben werden dafür die Organisationen dieser Arbeiter und Angestellten auf das Recht gemeinsamer Kündigung und Arbeitsniederlegung verzichten, fordern aber dann umso nachdrücklicher die Anerkennung ihrer staatsbürgerlichen Rechte."

Die Diskussion bewegte sich im allgemeinen im Sinne des Referats. Goldschmidt-Berlin erläuterte die Resolution dahin, daß der Bergbau nicht zu den gemeinnützigen Betrieben zu rechnen ist, wohl aber müßten die Verkehrsarbeiter auf ihr Streikrecht verzichten, wie es auch die Fortschrittliche Volkspartei anerkannt hat.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung behandelt

das Rechtsverhältnis zwischen Arbeiter und Unternehmer.

Der Referent Gleichauf-Berlin führt aus, daß sich ein Mitlionenstand von Arbeitern im modernen Staat gebildet hat. Nach immer aber herrsche zwischen Arbeitern und Unternehmern in der Großindustrie bei wirtschaftlichen Kämpfen das Faustrecht. Es ist anzuerkennen, daß die Fortschrittliche Volkspartei auf ihrem letzten Parteitag in Mannheim die Schaffung eines Arbeiterrechts gefordert hat, indem sie anerkannte, daß aus dem Gewaltverhältnis ein Rechtsverhältnis werden müsse. Solche Forderungen führen durchaus nicht, wie das Organ der Arbeitgeber behauptet, ins sozialdemokratische Lager. Die Großunternehmer, die dem Handelsministerium das Leben sauer machen, die immer nach schärferen Bestimmungen gegen die Arbeiterkoalition rufen, die den Arbeitern

das Recht der freien Persönlichkeit rauben,

die sind es, die die Arbeiter in das sozialdemokratische Lager hineintreiben. Die Ursache der sozialen Not der Gegenwart beruht nicht auf unserer Staats- und Wirtschaftsordnung, sondern auf dem Monopol an dem Grund und Boden. Das Großgrundeigentum, das als Ueberrest des feudalen Staates hineinragt in den modernen Staat, ist es, das so lähmend auf eine freie Entwickelung der Verhältnisse in Deutschland wirkt. Und neben dem Großgrundeigentum ist es das Großunternehmertum, das genau so einen gewaltigen Fabrikfeudalismus hat anwachsen lassen. Diesem Gewaltmenschen, die mit Feuer und Schwefel die Sozialdemokratie auszurotten versuchen, weil sie die Produktion vergesellschaften will, benutzen selbst solche Vergesellschaftung der Produktion in Kartellen und Syndikaten zu ihrem eigenen Nutzen. Unsere Gesetzgebung ist auf die private Produktion zugeschnitten, während bei diesen großen Gesellschaften ein Unternehmer im alten Sinne gar nicht mehr existiert. Unsere Gewerbeordnung fördert geradezu die Unmoral durch den Paragraphen, der bestimmt, daß man niemanden zwingen darf, an getroffenen Vereinbarungen festzuhalten. Die Gewerbeordnung schützt gerade diejenigen Arbeiter, die von getroffenen Vereinbarungen abfallen und ihren Kameraden in den Rücken fallen. Auf die Arbeitsordnung hat der Arbeiter gar keinen Einfluß; er ist völlig rechtlos. Die rechtlos er ist, zeigt der Umstand, daß die Bundesratsverordnung über Arbeitspausen in den Hütten- und Walzwerken nicht eingehalten wird, und daß Arbeiter, die ihre Einhaltung fordern, einfach auf die Straße geworfen werden. Die Mittel des Staates,

Militär und Polizei

werden stets gegen die Arbeiter aufgeboten, immer im Interesse der öffentlichen Ordnung, aber mit der Wirkung, daß die Arbeitersache dadurch niedergeknüttelt wird. Man sagt, es ist nicht möglich, ein Arbeiterrecht zu schaffen, das die Rechte der Arbeiter sichert. Es wäre das ein großes Armutszeugnis. Aber es sind nicht die Schwierigkeiten, die in der Sache liegen, ernsthaft an sie heranzutreten, sondern es ist der Einfluß des Großunternehmertums, der die Regierung daran hindert. Gerade als ob die Millionen des Großunternehmertums mehr wert seien als Leben und Gesundheit von Millionen von Arbeitern. Wir verlangen

ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter.

Die Unternehmer sagen, ein solches Recht zu gewähren sei nicht möglich. Gerade so haben im Jahre 1848 die Fürsten erklärt, ein Mitbestimmungsrecht des Volkes sei nicht möglich. Die weiteren Ausführungen des Redners gipfelten in der Empfehlung folgender Resolution:

„Die gesetzliche Regelung des rechtlichen Verhältnisses zwischen Unternehmern und Arbeitern ist durch die bisherige Entwicklung zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden. Eine grundsätzliche Regelung dieser Frage kann nur durch die Ausarbeitung eines besonderen Arbeitsrechtes geschehen. Als Grundlage eines Arbeitsrechtes sieht der Verbandstag folgendes an: in allen Betrieben der Großindustrie hat das Arbeitsrecht eine Betriebsvertretung vorzusehen, die sich empfiehlt großen, mittleren und kleineren Betrieben. Eine solche Betriebsvertretung besteht aus der Vertretung der Werkleitung, der Angestellten und der Arbeiter. Diese Betriebsvertretung hat mitzusprechen über die Grundsätze, nach denen Angestellte und Arbeiter angestellt und entlassen werden dürfen, über Gehalts- und Lohnfragen, über die Arbeitszeit, über Urlaubsverteilung, über Festsetzung, Anwendung und Verwendung der Ordnungsstrafen, über alle vorhandenen Unterstützungseinrichtungen, über Beschwerden. Der

---

Das gelbe Sonnenlicht

und die Morgen- und Abendröte.

(Nachdruck verboten.)

Es ist dem aufmerksamen Naturbeobachter nicht unbekannt, daß das direkte Sonnenlicht, das in Strahlenform zur Erde gelangt, nicht von rein weißer Farbe ist, wie es die landläufige Meinung ist und immer wieder obenhin behauptet wird, sondern einen ins Gelbliche fallenden Ton besitzt.

Dies erkennt man deutlich, wenn man bei leicht bedecktem Himmel eine Landschaft durch buntfarbige Gläser betrachtet. Dann wird diese, wenn man ein gelbes Glas vors Auge nimmt, wie in Sonne getaucht erscheinen, und man ist bei Fortnahme des Glases beinahe erstaunt, den Himmel trübe zu sehen. Das allerschönste, wenn auch lokale Beispiel bietet die künstliche Beleuchtung des Wasserfalls im Viktoriapark bei Berlin. Hier liefert elektrisches Licht die Helligkeit; und man glaubt sich in den Tag versetzt, wenn gelbe Gläser vor das elektrische Bogenlicht gehalten werden, während das weiße Licht ohne Anwendung von Gläsern einen kalten Eindruck hervorruft.

Dieser erklärt sich daher, daß im Winter, wenn Eis und Schnee die Landschaft bedecken, das darauf fallende Sonnenlicht in reiner Weiße reflektiert wird. Auch im Mondlicht erscheint die Landschaft rein weiß und kalt.

Wenn wir uns nun die Frage stellen, wieso das Sonnenlicht die erwähnte gelbliche Tönung besitzt, so müssen wir der Zusammensetzung des nur einheitlich erscheinenden weißen Lichtes aus einer Reihe verschiedener Farben gedenken, die wir zum Beispiel im Regenbogen vor uns sehen. Hier wie beim Durchgange eines weißen Lichtbündels durch ein Glasprisma findet eine Zerlegung des weißen Lichtes in seine Bestandteile statt, die sich vom Rot durch Orange, Gelb und Grün bis zum Blau und Violett erstrecken. Ueberwiegen nun in dieser Gesamtheit der Farben (dem Spektrum) die gegen das blaue Ende gelegenen Strahlen, so erscheint uns ihre Kombination bläulich weiß; überwiegen die roten Strahlen, so ist der Eindruck der Vereinigung aller vorhandenen Strahlen der eines gelblichen Weiß. Fügt man diesem blaue Farbenstrahlen in passender Menge hinzu, so verliert das Weiß seinen gelblichen Ton und wird vollkommen rein.

Hieraus geht hervor, daß ein gelblich weißes Licht einen gewissen Mangel an blauen Strahlen besitzt. Daher gibt man ja auch dem gelblich aussehenden minderwertigen Zucker, um diesem Mangel abzuhelfen, einen Zusatz von Wäscheblau und bläut aus eben diesem Grunde und mit demselben Mittel die Wäsche, damit sie weißer aussieht.

Wo aber sind die dem Sonnenlicht fehlenden blauen Strahlen geblieben, da doch anzunehmen ist, daß es diese ursprünglich, von der gewaltigen Glut des Sonnenkörpers ausgehend, besessen haben muß?

Diese Frage findet im Zusammenhange mit einer anderen ihre Lösung, die ebenso wichtig und interessant ist wie die nach dem gelben Sonnenlicht: der Frage nach der blauen Färbung des Himmels oder besser der Atmosphäre. Gäbe es keine Atmosphäre, von deren Teilchen eine Reflexion von Sonnenlicht stattfände, so müßte uns der Himmel schwarz erscheinen. Die Atmosphäre verhält sich nun den verschiedenfarbigen Strahlen des Sonnenlichtes gegenüber verschieden. Den langwelligen roten, gelben, grünen Strahlen gestatten sie den Durchtritt, wie eine große Meeresweile über das Geröll am Strande hinwegflutet. Die kurzwelligen blauen Strahlen aber werden von den Teilchen der Atmosphäre zurückgehalten — absorbiert — und reflektiert, ebenso wie das Strandgeröll kleine Wasserwellen aufhält, bricht, zerstört. Diese reflektierten blauen Strahlen gelangen in unser Auge und lassen die Atmosphäre beziehungsweise den Himmel blau erscheinen. Das unmittelbar auf die Erdoberfläche gelangende, dieses Teils der blauen Strahlen beraubte Sonnenlicht muß also nun gelblich erscheinen.

Durchlaufen die Sonnenstrahlen eine aus feinen Wassertröpfchen bestehende Dunstschicht, so findet eine noch reichlichere Absorption der noch dem blauen Ende des Spektrums zu gelegenen Strahlen statt, und die Sonnenscheibe macht einen direkt rötlichen Eindruck; und auch die von ihr beleuchtete dunstige Atmosphäre sowie die dünneren Wolken und die Säume der dichteren Wolken werden rot gefärbt. Das ist des Morgens und des Abends der Fall, da die von der nahe dem Horizont stehenden Sonne ausgesandten Strahlen einen längeren Weg durch die Atmosphäre zurücklegen haben, als wenn die Sonne hoch oben, näher dem Zenit, sich befindet. So also erklärt sich Morgen- und Abendröte.

Prof. Dr. K. F. Jordan.

Das Berliner Prateretheater, das größte und populärste aller Berliner Sommeretablissements, eröffnete zum lieblichen Pingstfest seine Pforten. „Das Bummelmädchen", große Ausstattungsposse mit Gesang und Ballett in vier Bildern von Max Heye, Musik von Hugo Hirsch und Harry Schreyer, erlebte die Uraufführung. Lebendig und lustig setzt das Werk ein und effektvoll schließt es ab. Eines der Bilder spielt auf dem Balkan, im bulgarischen Kriegslager vor Adrianopel; die Dekoration bietet ein interessantes Panorama der so schwer heimgesuchten Stadt, und flotte bulgarische Mädchen in gleichfamen Uniformen führen ihre Tänze auf. Die Posse im allgemeinen ist zugeschnitten nach altem, bewährtem Muster; hübsche Wortspiele, Berliner Witze, flotte Gompletteexte und drollige Situationen jagen einander, und die Musik aller der gebotenen Gesangsnummern ist so anmutig und leicht faßlich, daß man in der Schönhauser Vorstadt und darüber hinaus wohl bald nur noch die Melodien aus dem Prater hören wird. Die Darstellung der Posse ist ausgezeichnet. Annemarie Feldmayer, Emmi Dittmar, Lisbeth Kelli, Mario Seelen, Karl Groth, Artur Seelen, Georg Schönwaldt und Egon Weidlich erfreuten durch ihr flottes Zusammenspiel. Die Zuschauer spendeten allen Darbietungen, insbesondere der farbenprächtigen, kostbaren Ausstattung, reichen Beifall. rf.

Theaterchronik. Im Lessingtheater beginnt das Operettengastspiel des königlichen Theaters am Gärtnerplatz in München am 16. Mai mit der Erstaufführung von „Alt-Wien". Es sind darin beschäftigt die Damen: Heinz, Feiner, Schwab, Meittinger, Klinkicht, Zinke, Picardo; die Herren: Seibold, Ludl, Löscher, Mayerhofer, Jeder, Erl, Irzinger, Schwind, Aliprandi. Leiter der Vorstellungen sind Oberregisseur Franz Joseph Graffelli und Kapellmeister Franz Werther.

Im Schillertheater Charlottenburg findet am Donnerstag, 15. Mai, die erste Aufführung der dreiaktigen Komödie „Moral" von Ludwig Thoma statt. Die Besetzung der Hauptrollen ist folgende: Fritz Beermann: Artur Menzel; Lina Beermann: Fanny Wolff, Effie: Jessy Hold; Adolph Volland: Richard Wirth; Klara Volland: Jeannette Bethge; Dr. Hauser: Paul Bildt; Frau Lund: Hedwig Pauly; Dobler: Martin Hartwig; Fräulein Kochlimmeberg: Lucie Euler; Otto Wagner: Ludwig Lindikoff; Freiherr v. Simbach: Wilhelm Krüger; Ströbel: Alfred Braun; Madame Rinon de Hauteville: Else Wasa; Freiherr v. Schmettau: Max Gilstorff; Reisacher: Willy Eberhardt. Die Regie führt Alfred Walter-Horst.

Schiller auf dem Film. Der Versuch, Schillers „Räuber" zu einem Filmdrama zu gestalten, hat sich als mißglückt erwiesen. Dieser Mißerfolg hat die „Gesellschaft für wissenschaftliche Films und Diapositive" nicht abgeschreckt, die Novelle „Der Verbrecher aus verlorener Ehre" für den Film zu inszenieren. Das Werk wird in der nächsten Zeit in Berlin vorgeführt werden.

Ein kinematographisches Museum für dramatische Kunst will der Londoner Schauspieler Artur Roberts ins Leben rufen. Alle Schauspieler, männliche und weibliche Darsteller, sollen in den „großen Momenten" ihrer Rollen durch den Film festgehalten werden — natürlich nur die Darsteller von Ruf. In London hat sich jetzt zur Verwirklichung des Planes eine Vereinigung gebildet.

Der Berliner Tonkünstlerverein veranstaltet am Donnerstag, den 15. Mai, abends 8 Uhr im Theatersaal der königlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Fasanenstraße 1, Portal V, seinen dritten Vortragsabend.

Das neunte badische Sängerfest, verbunden mit dem goldenen Jubiläum des Badischen Sängerbundes, das über Pfingsten in Mannheim abgehalten werde, hat, wie uns ein Telegramm aus Mannheim meldet, am ersten Festtage vormittags um 11 Uhr durch einen feierlichen Eröffnungsakt seinen Anfang genommen. Oberbürgermeister Martin hieß die vom Bodensee bis an den Mainstrand zusammengekommenen Sänger — es sind über 6000 Sänger erschienen — im Namen der Stadt herzlich willkommen, während dies seitens des Badischen Sängerbundes durch den Bundesobmann Wilser geschah.

Verbandstag ist sich wohl bewußt, daß in jedem Betriebe eine straffe Ordnung vorhanden sein muß. Das wird später erst recht der Fall sein, wenn alle Beteiligten eines Betriebes durch ihre Vertretungen an der Aufstellung der Ordnung mitgewirkt haben.

Der Verbandstag stellt als Grundsatz auf: Dem Kapitalbesitzer Aktionär oder persönlicher Eigentümer des Betriebes) steht es nach wie vor frei, was und wie er produzieren will, wie und wo er verkaufen will; sobald er aber Menschenkräfte in größerer Zahl zur Produktion braucht, hat er die Bedingungen, unter denen die Menschen ihre Arbeitskraft hergeben, mit ihnen festzustellen und ihnen eine dauernde Kontrolle über die Einhaltung der vereinbarten Bedingungen einzuräumen."

Der Regierungsvertreter protestiert.

Sofort nachdem der Referent geschlossen, erhob sich der Geheime Regierungsrat Siefart und erklärte: Ich habe zwar zu Anfang der Verhandlungen gesagt, als Vertreter der Regierung würde ich in die Debatte nicht eingreifen. Aber durch die meines Erachtens das zulässige Maß der Kritik in vieler Beziehung weit überschreitenden (!?) Ausführungen des Referenten sehe ich mich doch dazu genötigt. Ich kann nicht auf alle maßlosen Uebertreibungen (!!) bei den Angriffen und ungerechten Vorwürfen gegen die Regierung eingehen, aber ich muß Verwahrung gegen die Behauptung einlegen, daß in Deutschland nicht das Recht, sondern das Faustrecht herrsche, ich muß Verwahrung einlegen gegen die Behauptung, daß bei Streiks Polizei und Militär aufgeboten werden würden, um die Unternehmerinteressen zu schützen, und ich muß auch Verwahrung einlegen dagegen, daß behauptet worden ist, die Regierung täte nichts zur Verbesserung der Lage der Arbeiter, weil sie sich von den Großunternehmern beeinflussen lasse. Ich darf wohl die Erwartung aussprechen, daß der Vorsitzende wenigstens diese, auch in der Form zu weitgehenden Angriffe gegen die Regierung rügen wird; andernfalls werde ich nicht weiter den Verhandlungen beiwohnen und auch meinem Chef nicht empfehlen können, eine Vertretung herzusenden.

Der Vorsitzende Hartmann erklärte hierauf: Ich habe keine Veranlassung, irgend welche Aeußerungen des Referenten zurückzuweisen (Geheimrat Siefart und Senatspräsident Dr. Kähler erheben sich, um den Saal zu verlassen, sondern ich meine, wir müssen jeder frei von der Leber wegreden. (Sehr richtig! Red.) Ich bedaure, daß die Herren Regierungsvertreter einen anderen Standpunkt einnehmen. Wir aber sind eine Arbeiterorganisation und wir werden ja in der Diskussion unsere Meinung ausgiebig zur Geltung bringen können. (Regierungsrat Siefart und Dr. Kähler verlassen den Saal, nachdem der Abgeordnete Goldschmidt sich vergeblich um ihr Dableiben bemüht hat.) Hierauf trat die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause teilte der Vorsitzende noch mit, daß der Handelsminister bedauere, durch Dienstgeschäfte verhindert zu sein, der Einladung folgen zu können. Auch der Präsident des Kaiserlichen Statistischen Amtes bedauert, daß es ihm nicht möglich ist, eine Vertretung zu entsenden, ebenso haben mehrere Abgeordnete wie Dr. Blunck, Dr. Pachnicke, v. Payer, Dr. Schulze-Gävernitz, Dr. Hedscher, Bassermann ihr Bedauern ausdrücken lassen, daß sie der Tagung nicht beiwohnen können.

In der Diskussion wurde von mehreren Rednern zunächst die Notwendigkeit der von dem Referenten aufgestellten Forderung der

Mitbestimmung der Arbeiter

hervorgehoben. Dann ergriff Landtagsabgeordneter Goldschmidt das Wort und schlug vor, der Verbandstag möge sein Bedauern über den zwischen dem Vorsitzenden Hartmann und dem Vertreter des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern aus Anlaß der Aeußerungen des Referenten Gleichauf entstandenen Konflikts ausdrücken. Das Referat enthalte zwar manche Worte, die von den Regierungsvertretern als zu weitgehend angesehen werden konnten, in der Sache selbst sei aber nur die Entscheidung des Verbandstages maßgebend, und für diese enthalte auch die vom Referenten gemachte schriftliche Vorlage keines dieser beanstandeten Worte. In einem Arbeiterparlament pflegen die Worte nicht auf die Goldwage gelegt zu werden. Gelegentliches Vergreifen im Ausdruck seitens eines Referenten sollte nicht Veranlassung sein dürfen, die notwendigen Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der deutschen Arbeiterschaft abzubrechen. Die folgenden Diskussionsredner lehnten es einmütig ab, eine solche Erklärung anzunehmen. Es sei gar kein Anlaß,

vor den Regierungsvertretern eine Verbeugung zu machen.

Die Regierungsvertreter hätten abwarten müssen, was in der Diskussion gesagt werde. Denn die Diskussion sei dazu da, die Angelegenheiten, die im Referat erwähnt werden, zu klären. Im übrigen aber habe auch der Referent in keiner Weise irgend etwas zu viel gesagt. Ein Diskussionsredner befürwortete allerdings eine Beilegung des Konflikts schon im Interesse der in Staatsbetrieben arbeitenden Angehörigen der Gewerkvereine. Goldschmidt schlug hierauf vor, die Erklärung lediglich als seine persönliche Erklärung durch die Presse gehen zu lassen. Aber auch hiergegen wandten sich mehrere Diskussionsredner. Czieslick-Dortmund beantragte einfach zu erklären, daß der Verbandstag

das Verhalten der Regierungsvertreter bedauert

und daß die Herren Regierungsvertreter eine irrige Auffassung hätten. — In seinem Schlußwort betonte der Referent Gleichauf noch einmal, daß sachlich wegen seiner Ausführungen gar nichts eingewendet worden sei. Sehr verkehrt wäre es, etwa eine lediglich persönliche Erklärung des Mitgliedes Goldschmidt abzugeben. Glaube man wirklich, daß die Stellung der Gewerkvereinler in den Staatsbetrieben durch eine Erklärung der Regierungsvertreter gefährdet sei, so müsse diese Stellung der Gewerkvereinler auf sehr schwachen Füßen stehen. Glaube man aber diese Stellung stützen zu sollen durch eine Beilegung des Konfliktes, so müsse die Form, in der das geschehe, sehr wohl überlegt werden. Deshalb sei es nicht angebracht, heute in dieser Frage überhaupt einen Beschluß zu fassen. Auf keinen Fall sei es angebracht, die Forderungen der Arbeiter nicht mit aller Schärfe zu vertreten. Wir brauchen keine Furcht zu haben, wenn ein Regierungsvertreter nicht versteht, daß er dazu hierist,

zu hören und zu lernen,

und seinem Vorgesetzten Bericht zu erstatten. Wir werden um so besser vorwärts schreiten, je klarer und schärfer unsere Stellungnahme in der Arbeiterschaft ist. In den 40 Jahren unseres Bestehens sind wir durch ein Wohlwollen seitens der Regierung nicht verwöhnt worden und wir bestehen trotzdem und schreiten trotzdem vorwärts. Unsere Forderungen sind realisierbar nicht erst in einem fernen Zukunftsstaat wie die der Sozialdemokratie, sondern in der Gegenwart. Es gehört dazu, daß wir die Mehrheit in dem Parlament erringen. Deshalb müssen wir in den politischen Parteien mitarbeiten. (Lebhafter Beifall.). — Es wurde darauf beschlossen, in der Angelegenheit des Konfliktes mit den Regierungsvertretern keinen Beschluß zu fassen.

Der nächste Verhandlungspunkt war

Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis.

Der Referent Schuhmacher-Berlin kritisierte, daß auf diesem Gebiete bisher zu wenig vom Reich und von den Gemeinden geschehen sei und führte dann die einzelnen Forderungen folgender von ihm empfohlenen Resolution näher aus:

Der Verbandstag fordert eine periodische Zählung der Arbeitslosen durch das Reich. Ferner erklärt er, daß die Unterstützung der Arbeitslosen in erster Linie eine Aufgabe der Arbeiterberufsvereine ist. Die Gemeinden sollten es aber für ihre Pflicht halten, den ausässigen Arbeitslosen (einjährige Ortsangehörigkeit) einen Zuschuß zu der Organisationsunterstützung zu zahlen. Dieser Zuschuß könnte in derselben Höhe den unorganisierten Arbeitslosen als Unterstützung gezahlt werden. Diese darf nicht als Armenunterstützung gelten. Weiter fordert der Verbandstag die gesetzliche Regelung des Arbeitsnachweises. Die Gemeinden von 10 000 und mehr Einwohnern sind zu verpflichten, öffentliche Arbeitsnachweise einzurichten. Kleinere Gemeinden können zu diesem Zweck zusammengelegt werden. Dieser öffentliche Arbeitsnachweis ist völlig unparteiisch zu verwalten. Wo die Leitung paritätisch aus Arbeitgebern und Unternehmern zusammengesetzt ist, sind Vertreter aller am Orte bestehenden Organisationen hinzuzuziehen. Alle Arbeitslosen haben sich auf dem Arbeitsnachweis zu melden. Deshalb muß jede offene Stelle sofort mitgeteilt werden. Auf Grund Arbeitsnachweis nachgewiesener Stellen hat die Eisenbahn gegen Vorlegung der Bescheinigung über erfolgte Arbeitsvermittelung die Arbeitslosen für den Preis der Militärfahrkarten an die Station des neuen Arbeitsortes zu fahren. Die Tätigkeit der Arbeitsvermittler ist durch ein Regulativ zu regeln. Dieses darf keine Bestimmungen enthalten, wonach die Arbeitslosen seine andere Arbeit annehmen dürfen, als durch den Nachweis. Der Verbandstag rät allen Mitgliedern, die Einführung von sogenannten paritätischen Arbeitsnachweisen in keiner Weise zu fördern, weil diese von den sozialdemokratischen Gewerkschaften als Kampfmittel und zur Ausdehnung ihrer Macht benutzt werden. Ein Arbeitsnachweis darf nur der Arbeitsvermittelung dienen. Wo ein Nachweis nicht besteht, sind die Gewerkvereinsmitglieder verpflichtet, einen eigenen Arbeitsnachweis zu errichten. Die Diskussion über das Referat wurde auf heute vertagt.

Die Zarenreise nach Berlin.

(Privat-Telegramm.)

Petersburg, 13. Mai.

Die Abreise des Zaren und seiner Tochter, der Großfürstin Olga, nach Berlin erfolgt am 20. d. M. mit großem Gefolge. Der Zar bringt kostbare Geschenke für das Brautpaar mit. Sasonow wird den Zaren nicht begleiten. In Berlin wird eine Einladung des englischen Königs nach Peterhof erfolgen. Der Aufenthalt des Königs Georg in Rußland soll drei Tage dauern, von denen zwei auf Peterhof und einer auf die Truppenschau im Lager Krasnoje Selo entfallen.

Unfall beim Prinz-Heinrich-Flug.

Leutnant Sommer beim Landen verletzt.

(Telegraphischer Bericht.)

Koblenz, 13. Mai.

Der heutige Nachmittag des Prinz-Heinrich-Fluges brachte einen Unfall. In der Nähe von Nassau geriet Leutnant Sommer in einen Wirbelwind und wurde zum Landen gezwungen. Als er im Gleitflug niederging, wurde sein Apparat unvermutet von einem Windstoß zur Erde geschleudert und zerschellte. Leutnant Sommer wurde schwer verletzt unter den Trümmern hervorgezogen und in einem Automobil ins Koblenzer Krankenhaus gebracht. Sein Beobachter v. Blumenbach blieb unverletzt. Von den Fliegern trafen heute noch ein: Leutnant Kastner um ½3 Uhr und Leutnant Coerper um ½5 Uhr. Der Start zur Etappe Koblenz—Karlsruhe ist auf morgen früh 4 Uhr angesetzt. Prinz Heinrich fährt morgen früh von hier nach Karlsruhe. Ob er dem Start beiwohnen wird, steht noch nicht fest. Von den beiden noch in Kassel weilenden Fliegern hat Oberleutnant Donnewerk heute nachmittag beschlossen, den Flug auf der Etappe Kassel—Koblenz wegen andauernden Motorschadens nicht fortzusetzen. Er wird versuchen, von Karlsruhe aus an der Aufklärungsübung teilzunehmen. Leutnant Zwickau konnte heute nachmittag ebenfalls nicht starten und wird voraussichtlich morgen vormittag nach Koblenz weiterfliegen.

Die „Imperator"ausreise verschoben.

(Telegraphischer Bericht.)

Hamburg, 13. Mai.

Die im Gebiet der Unterelbe während der letzten Woche herrschenden Stürme haben den für den Dampfer „Imperator" geschaffenen provisorischen Liegeplatz einstweilen unbrauchbar gemacht, so daß die zum Antritt der ersten Amerikafahrt des Schiffes erforderlichen technischen und Ausrüstungsarbeiten nicht rechtzeitig beendigt werden können. Der Dampfer „Imperator" wird daher seine erste Reise nach New-York erst am Mittwoch, den 11. Juni, antreten. Inzwischen wird das Schiff ausgedehnte Probefahrten unternehmen und auch dem Publikum für eine Reihe von Tagen zur Besichtigung freigegeben werden.

Das Ende des Blumeprozesses.

Posen, 11. Mai.

In der Nacht zum heutigen Pfingstsonntag erreichte der Gattenmordprozeß Blume sein Ende. Bis zur letzten Stunde war die Oeffentlichkeit aufs allerstrengste ausgeschlossen. Erst nachdem sich der Gerichtshof in der Nacht zur Beratung zurückgezogen hatte, wurden die Presse und das Publikum wieder in den Saal gelassen.

Die Angeklagte Frau Eva Blume zeigte sich durch die siebentägige Verhandlung, die sicher an ihre Nerven die größten Anforderungen gestellt hat, merkwürdig wenig angegriffen. Sie trug dasselbe braune Kostüm wie am ersten Verhandlungstag, denselben modernen Hut und sie hatte den gleichfarbigen Schleier wieder dicht vor das Gesicht gezogen.

In der Pause, während der Gerichtshof beriet, unterhielt sie sich angelegentlich mit ihrem Verteidiger und mit dem Sachverständigen Geheimrat Professor Dr. Leppmann-Berlin. Die Beratung des Gerichtshofs dauerte nur kurze Zeit.

Unter der größten Spannung aller Anwesenden verkündete der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Pieschke folgendes (bereits telegraphisch bekanntgegebene) Urteil: Die Angeklagte Frau Eva Blume geborene Walther ist des Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig und wird zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren verurteilt. Die Kosten des Verfahrens werden der Angeklagten auferlegt.

In der kurzen mündlichen

Begründung

führte der Vorsitzende aus: Nach dem Spruch der Geschworenen ist die Angeklagte des Totschlags unter Zubilligung mildernder Umstände schuldig und mußte infolgedessen nach § 212 des Strafgesetzbuches bestraft werden. Die gesetzlich niedrigste Strafe sind sechs Monate Gefängnis, die Höchststrafe fünf Jahre Gefängnis. Der Gerichtshof hat mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte ihren Ehemannums Leben gebracht hat, von der Verhängung der niedrigsten Strafe Abstand genommen und eine vierjährige Gefängnisstrafe als angemessene Sühne betrachtet. Auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zu erkennen lag keine Veranlassung vor.

Bevor die Angeklagte in ihre Haft zurückgeführt wurde, bedankte sie sich mit einer gewissen Heiterkeit bei ihrem Verteidiger und verließ dann schnellen Schrittes den Saal.

Aus der langen Verhandlung ist so viel bekannt geworden, daß das Sexualleben der Angeklagten ganz ungeheuerlich gewesen ist. Ein Sachverständiger kam deshalb — im Gegensatz zu allen anderen Sachverständigen, die die Angeklagte für

unbedingt zurechnungsfähig

hielten — zu der Auffassung, daß Frau Blume zwar eine geistig hochstehende Person sei, daß aber bei ihr in gewisser Beziehung ein Defekt vorhanden sein müsse, der nach einer Entscheidung des Reichsgerichts den Strafausschließungsgründen des § 51 des Strafgesetzbuches zuzurechnen sei. Ein Zustand, der häufig in sexualpsychologischer Beziehung bei manchen Frauen zu finden sei, habe lange Zeit ihr ganzes Empfindungsleben beherrscht. Gestützt auf dieses Gutachten plädierte der Verteidiger für Freisprechung, während die beiden Vertreter der Anklage beantragt hatten, die Angeklagte des Mordes schuldig zu sprechen.

Den Geschworenen waren vier Schuldfragen vorgelegt worden, die auf erstens Mord, zweitens Totschlag, drittens mildernde Umstände und viertens Körperverletzung mit Todeserfolg lauteten. Sie bejahten die Schuldfragen zwei und drei, worauf die Staatsanwaltschaft die Höchststrafe von fünf Jahren Gefängnis, der Verteidiger das Mindestmaß von sechs Monaten Gefängnis beantragte.

Das milde Urteil hat in Posen allgemein überrascht.

Die Räumung Skutaris.

(Telegraphische Berichte.)

Cetinje, 13. Mai. (Amtliche Meldung.)

Morgen wird um 2 Uhr nachmittags eine Abteilung internationaler Truppen Skutari besetzen, das gleichzeitig von den montenegrinischen Truppengeräumt werden wird. Zu Delegierten für die Londoner Friedenskonferenz sind neuerdings Miuschkowitsch, Woinowitsch und Popowitsch ernannt worden.

Der serbisch-bulgarische Streit.

Belgrad, 13. Mai.

Gestern abend wurde ein dringlich einberufener Ministerrat abgehalten, der mehrere Stunden dauerte. Der Zeitung „Politika" zufolge ist dabei der Standpunkt der serbischen Regierung in der serbisch-bulgarischen Streitfrage formuliert worden.

Der Präliminarfrieden.

London, 13. Mai.

Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der bulgarische Gesandte in London heute früh telegraphische Instruktionen erhalten, den Präliminarfrieden zu unterzeichnen. Die griechischen und serbischen Delegierten halten bis zum Nachmittag noch keine Instruktionen erhalten. Das bedeutet indessen keine Meinungsverschiedenheit. Die Mehrzahl der Friedensdelegierten befindet sich bereits in London, und man erwartet in den nächsten Tagen eine formelle Sitzung der Vertreter aller kriegführenden Balkanstaaten, in der der Friede unterzeichnet werden soll. Obgleich das Dokument, das die Delegierten unterzeichnen werden, offiziell als Präliminarfrieden bezeichnet wird, bedeutet es doch tatsächlich das Ende des Krieges. Man gibt ihm diese Bezeichnung nur aus dem Grunde, weil er in bezug auf Albanien und die Aegäischen Inseln im Zusammenhang mit den Entscheidungen der Mächte und auch mit den Beschlüssen der technischen Kommission in Paris betrachtet werden muß. Alles das wird in den Vertrag aufgenommen werden, der nach der Ratifikation durch die Mächte den Berliner Vertrag ersetzen wird. Die Botschafterversammlung wird ihre Sitzungen in London während der Beratungen der Kommission in Paris fortsetzen und von den Beschlüssen der Kommission der Delegiertenversammlung Kenntnis nehmen. Ein Kongreß der Mächte dürfte also nicht nötig sein, denn man glaubt in diplomatischen Kreisen angesichts des Erfolges der Botschafterversammlung in London, daß es möglich sein wird, von dem recht schwierigen Verfahren eines formellen Kongresses abzusehen.

Die bulgarischen Gesamtverluste.

Sofia, 13. Mai.

Ministerpräsident Geschow erklärte in der Sobranje, da die Lage sich nicht geändert habe, bedauere er, die versprochene Erklärung über die Politik der Regierung nicht abgeben zu können. Geschow verlas sodann eine Verfügung, durch die die Tagung des Parlaments geschlossen wird.

Nach amtlichen Feststellungen betragen die Verluste der Bulgaren im Balkankriege **330 Offiziere** und **29 711 Soldaten an Toten** und 950 Offiziere und 52 550 Soldaten an Verwundeten. Außerdem werden noch **3193 Mann vermißt.**

Letzte Nachrichten

Wien, 13. Mai. Der Budapester Korrespondenz zufolge findet morgen eine **gemeinsame Ministerkonferenz** statt, die über die mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage ermöglichte Verringerung der augenblicklich erhöhten Truppenbestände und die in dieser Beziehung zu treffenden Verfügungen beraten wird.

Orsières, 13. Mai. In einer Gletscherspalte am Fuße des Grand-Combin sind heute von Walliser Bergführern die **Leichen von zwei deutschen Touristen, Santze** und **Seitz,** aufgefunden worden, die vor zwei Tagen ausgebrochen waren. Die Leichen wurden nach Fionnay gebracht.

Paris, 13. Mai. Der **Heeresausschuß der Kammer** hat sich für die Vorlage betreffend die Forderung von **420 Millionen für die nationale Verteidigung** ausgesprochen.

Der Verkehr auf dem Ozean.

Hamburg, 13. Mai, nachmittags.

Hamburg-Amerika-Linie. Angekommen: Oder, heimkehrend, 7. Mai in Bissao. Mitanoitan 11. Mai in Antwerpen. Alesia 13. Mai in Kobe. — Abgegangen: Swakopmund, ausgehend, 9. Mai von Monrovia. Ostmark, von Indien, 10. Mai von Port Said. Oldenburg, heimkehrend, 10. Mai von Libreville. Steiermark, heimkehrend, 10. Mai von Monrovia. Tuala, heimkehrend, 12. Mai von Calabar. Togo, ausgehend, 12. Mai von Los Palmos. Sudria, von Oktafien, 12. Mai von Algier. Constantia, ausgehend, 12. Mai von Bilbao. Moltke 13. Mai von Genua nach New-York. Belgravia, von Oktafien, 13. Mai von Marseille. Perkepolis, von Persien, 13. Mai von Suez. Präsident Lincoln, von New-York, 13. Mai von Cherbourg. Brasilia 13. Mai von Manila.

Bremen, 13. Mai.

Norddeutscher Lloyd. Elsaß Sonntag 10 Uhr abends Gibraltar passiert. Schleswig Montag 8 Uhr vormittags in Genua angek. Cassel Montag 8 Uhr vormittags von Baltimore abgeg. Sigmaringen Montag 5 Uhr morgens von Baltimore abgeg. Vaterland Montag 7 Uhr abends von Rotterdam abgeg. Main Montag 2 Uhr nachmittags Lizard passiert. Kronprinz Wilhelm Montag 10 Uhr abends von Cherbourg abgeg. Corbova Sonntag 3 Uhr nachmittags in Antwerpen angek. Aachen Sonntag 11 Uhr vormittags in Oporto angek. Lothringen Montag 5 Uhr morgens in Antwerpen angek. Prinzeß Alice Montag 5 Uhr morgens von Neapel abgeg. Derfflinger Sonntag 12 Uhr nachts von Algier abgeg. Lützow Sonntag 8 Uhr abends in Colombo angek. Scharnhorst Sonntag 9 Uhr vormittags von Aden abgeg. Prinz Heinrich Montag 6 Uhr morgens in Marseille angek. Prinzregent Luitpold Montag 5 Uhr nachmittags in Alexandrien angek. König Albert Montag 1 Uhr nachmittags von Neapel abgeg. Kleist Montag 3 Uhr nachmittags von Southampton abgeg. Gotland Dienstag 1 Uhr nachmittags von Brisbane abgeg. Barbarossa Montag 12 Uhr mittags in Bremerhaven angek.

London, 13. Mai.

Union-Castle-Linie. German Sonnabend auf Ausreise von Southampton abgeg. Britta Sonnabend auf Ausreise von Southampton abgeg. Kinfauns Castle Sonntag auf Ausreise in Natal angek.

Rotterdam, 13. Mai.

Holland-Amerika-Linie. Rotterdam, von Rotterdam nach New-York, Sonntag vorm. 8 Uhr Lizard passiert.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist in Zehlendorf (Wannseebahn); für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Heinrich Heppenheimer in Berlin; für den Inseratenteil: Paul Gräb in Berlin-Wilchersdorf.

Hierzu 1 Beiblatt und das Tägliche Unterhaltungsblatt.

„.... Nutzen Ihre wirklich Fortschrittliches Mittel" führen Ihre höchsten Ziele der Reinheit und Vollkommenheit."

Über 34,000 ähnlich lautende schriftliche Anerkennungen!

Theater- u. Konzerte

Königliche Schauspiele

Opernhaus.

Mittwoch, 14. Mai. 124. Abonnementsvorstellung. **Siegfried.** Anfang 7 Uhr.

Donnerstag, 15. Mai. 125. Abonnementsvorstellung. **Der Wildschütz.** Anfang 7½ Uhr.

Schauspielhaus.

Mittwoch, 14. Mai. 118. Abonnementsvorstellung **Die Quitzows.** Anfang 7½ Uhr.

Donnerstag, 15. Mai. 119. Abonnementsvorstellung. **Ariadne auf Naxos.** Anfang 7½ Uhr.

Neues Operntheater (Kroll)

Direktion **Heinrich Hagin**

Donnerstag, d. 15. Mai

Eröffnungsvorstellung

Die Meistersinger v. Nürnberg.

Anfang 7 Uhr:

Freitag Tannhäuser, Sonnab. Carmen, Sonntag Die Meistersinger v. Nürnberg, Montag Tannhäuser.

Vorverk. i. Königl. Opernhause 10¾ bis 1 Uhr, bei A. Wertheim und im Invalidendank, Unt. d. Linden 24.

Deutsches Opernhaus, Charlottenbg.

(Untergrundbahnhof Bismarckstr.)

8 Uhr: **Martha.**

Billettverkauf tägl. an der Kasse des Deutschen Opernhauses v. 10—2 Uhr sowie i. d. Häusern v. Hermann Tietz, Leipzigerstr. u. Alexanderpl., Frankf. Allee u. den Billettverkaufst. Motzst. 79, Kantstr. 21, Friedenau, Ringst. 61/62

Lessing-Theater.

Mittw. 8 U.: L'zt. Vorst.: **Rose Bernd.** Freit. 7½ U.: Ges.-Gastsp. d. Kgl. Theat. a. Gärtpl. i. Münch. Z. 1. M.: **Alt-Wien.** Op. i. Akt v. G. Kadelburg u. J. Wilhelm.

Deutsches Schauspielhaus.

8 Uhr: **Alt-Heidelberg.**

(Karl Heinz: Harry Walden.)

Theater am Nollendorfplatz.

Bei Sommerpreisen täglich abends 8¼ Uhr: **Extrazug nach Nizza.** Sonnab., 17.5., Nm. 3½ U.: 6. Aufführ. d. Opernschule d. Stern'schen Konserv.

Berliner Theater.

8 Uhr:

Filmzauber.

Monti's Operetten-Theater

Sommerpreise.

8 Uhr: **Der lachende Ehemann.**

Theater des Westens. 8 Uhr

Volkstümliche Preise.

Der Vogelhändler.

8¾ **Residenz-Theater.** 8¾

Schluss der Spielzeit 31. Mai.

Die Frau Präsidentin. (Madame la Présidente.) Schwank in 3 Akten. Morg. u. folg. Tage: **D. Frau Präsid.**

Luisen-Theater.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Die drei Schwestern Randolf.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Die drei Schwestern Randolf.

Rose-Theater.

8¼ Uhr:

Napoleon Bonaparte und seine Frauen.

Metropol-Theater. Die Kino-Königin!

Op. in 3 A. v. J. Freund u. G. Okonkowski

Musik von Jean Gilbert.

In Szene ges. v. Direkt. R. Schultz

Carl Bachmann J. Giampietro
G. Thielscher V. Norbert
H. Ballot J. Russka Ly Winter.

Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater (Wallner-Theat.)

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Wolkenkratzer.

Eine amerikanische Komödie in 3 Akten von C. Rössler u. L. Heller. Anfang 8 Uhr. Ende 10¾ Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Zwei Wappen.

Freitag, abends 8 Uhr:

Geographie und Liebe.

Schiller-Theater (Charlottenburg)

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Klein Dorrit.

Lustspiel in 3 Akten von Franz von Schönthan. Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Zum 1. Male: **Moral.**

Freitag, abends 8 Uhr:

Klein Dorrit.

WINTER GARTEN 1765

Rauchen gestattet!

VOO-DOO Schlangen-Tänzerin

Les fleurs Polonaises „Ein polnisches Bauernfest."

und eine Kette **hervorragender Kunstkräfte!**

LUNA PARK

Wochentags **Eintritt frei bis 5 Uhr!**

Saison-Karten

alle Tage gültig Mk. 3.—.

Reichshallen-Theater.

Stettiner Sänger.

„Café Grössenwahn"

Burleske von Meysel. Anfang 8 Uhr. Reichshallen-Saal und -Garten: Gross. **Instrumental- und Militär-Konzert.**

„Alt-Berlin."

Admiralspalast.

Eis-Arena.

Aliabendiloh

Das grosse erfolgreiche Eisballett

Flirt in St. Moritz.

Bis 6 Uhr und von 10¾ Uhr **halbe Kassenpreise.**

Restaurant I. Ranges.

Wein- und Bier-Abteilung.

Ziehung am 27., 28. u. 29. Mai

2. Strassburg. Münster Geld-Lotterie

250000 Lose, 9339 Geldgewinne = Mk.

250000
75000
30000
20000
10000

Hauptgewinne Mark — Nur Bar-Geld

Strassburg. Münster- **Geld-Lose à 3 Mk.**

Porto und Liste 30 Pf. extra, in Lotteriegeschäften, Losverkaufsstellen und durch

Lud. Müller & Co. in **Berlin,** Wurzerscher Markt 10.

J. Stürmer in **Straßburg I. E.,** Langstr. 107

Patente (Rat kostenlos)

Erfinder Anmeldung billigst!

Verwertung: **Wolters & Co.,** **Berlin W.,** Potsdamerstr. 33.*

9-7; Sonntags 11-1

Ohne jede Anzahlung

verkaufe ich **Pianos** erstklassiges Fabrikat! (9× prämiiert Staatsmedaille) in allen Holz- u. Stilarten, von wunderbarer Tonfülle (Flügelton)

sowie **Flügel** und **Harmoniums**

gegen kleine monatl. Teilzahlung. Für jedes Instrument gewähre ich langjährige Garantie.

Gegr. 1830. Gegr. 1830.

Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1, Ecke Kurfürstenstrasse. Tel. Ch. 10410.

Auch Sonntags geöffnet.

Ostseebad Misdroy

von **Hochwald** und **Bergen** umgeben.

Wasserleitung, Kanalisation, elektr. Licht, Freiluft-Seebad und Zeltlager

Salzungen (Thüringen). **Solbad und Inhalatorium.** 3 starke Solquellen von 5 u. 27% Salzgehalt. **Kohlensäure-Solbäder, Moorbäder, Inhalationen** auf den zu Kurzwecken einzigartig eingerichteten **Gradierhäusern.** Gesellschafts- u. Einzelinhalationen neuester Systeme (Körting temperierbares Trockeninhalatorium). **Pneumatische Kammern** wie in Reichenhall. **Radium-Emanatorium.** Trinkkur. **Heilerfolge** bei Erkrankungen der Atmungsorgane, Skrofulose, Rachitis, Gicht, Rheumatismus, Frauenkrankheiten usw. — Ausgedehnte Parkanlagen u. Waldungen. Prospekte durch die **Badedirektion.**

Sommerfrische Röbel am Müritzsee. Prospekte kostenlos durch den **Verkehrsverein.**

Wildbad

Württ. Schwarzwald. 430 m. ü. d. M. Linie: Pforzheim-Wildbad.

Warme Heilquellen

seit Jahrhunderten bewährt gegen Rheumatismus, Gicht u. dergl. Dampf-, Heissluft- und kohlensaure Bäder, schwed. Heilgymnastik, neues Radium-Inhalatorium, Schwimmbäder, Luftkuren. Berühmte Promenade. Neues Kurhaus. Bergbahn zum Sommerberg (730 m) mit herrl. Tannenwäldern, Kurkapelle, Theater, Fischerei.

Prosp. d. d. Kgl. Badverwaltung.

Bad Charlottenbrunn b. Schl. Altberühmter **Bade- u. Luftkurort.** Inmitten herrl. eigener Waldungen. Neueste Einricht. für elektr. und alle Medizinalbäder. Inhalatorien. Heilanzeigen. **Krankheiten der Atmungsorgane, Nervenleiden, Frauen- u. Kinderkrankheiten, Herzleiden.** Mässige Kurtaxe. Prospekte! **Die Badeverwaltung.***

Kleine Anzeigen

d. h. Anzeigen, die das tägliche Leben betreffen, wie: Kauf- und Verkauf-, Pacht-, Miete-, Personal-, Kapitalgesuche und -angebote erzielen nur dann

große Wirkung

wenn sie sachgemäß abgefaßt und zweckentsprechend ausgestattet sind, wenn die Auswahl der zu benutzenden Zeitungen auf Grund fachmännischer Erfahrung getroffen wird. — Alle diese Bedingungen werden erfüllt ohne irgendwelche Preiserhöhung, ferner wird eine wesentliche Vereinfachung, Zeit- und Arbeitsersparnis erzielt durch Uebertragung derartiger Aufträge an die

Annoncen-Expedition Rudolf Mosse

Berlin SW 19, Jerusalemer Straße 46/49

Technikum Höhere Lehranst. Ingenieure, Techniker, Werkmstr., Masch.-Bau, Elektrotechn., Progr. frei. **Neustadt** -i. Mecklbg.

Schönheit

verleiht ein rosiges, jugendfrisches Antlitz, weiße, sammetweiche Haut und ein reiner, zarter, schöner Teint. Alles dies erzeugt die allein echte **Steckenpferd-Lilienmilch-Seife** à St. 50 Pf., ferner macht der **Dada-Cream** rote und rissige Haut in einer Nacht weiß u. sammetweich. Tube 50 Pf. bei: **Fr. Schwartzloie,** SW, Leipzigerstr. 56. **Hugo Staab,** N, Badstraße 42/43. **Otto Reichel,** SO, Eisenbahnstr. 4. **Paul Neumann Nfl.,** C, Alexanderstr. 53 **Max Schwartzloie,** C, Rosenstr. 45. **G. A. Oesterberg,** NW, Gitschinerstr. 97 **Franz Christoph,** NW, Mittelstr. 11.*

Möbel jeder Art

Polster, Beleuchtungsgegenstände, Zigarren u. Weine, Pianos **allerbilligst** im **Berliner Lombard- und Speditionsspeicher** Neue Friedrichstr. 5—8, alte Kaserne, Hof

Gebirgs-Wacholdersaft Alterbewährtes Stärkungsmittel 10 Flaschen-Blechkanne ℳ 50 M franko Überallhin. Lieferanten: P. Seifert, Dittersbach Nr. 93 bei Waldenburg (Schlesisch. Gebirge)

Suchen Sie Landparzelle

naureit, 8 Min. v. Vorortbahnhof a. d. Strecke **Bernau,** 20 Pf.-Tour, **Rute 15 M.** Anfr. an **Braune,** Dreibundstrasse 8. Tel.: Nollend. 325.*

3 Etagen Fabrikräume,

je ca. 200 qm gross, mit Fahrstuhl, Heizung, elektr. Licht usw. zum 1. April ganz od. geteilt zu vermieten.

Oranienburger Str. 59.

Laden mit Wohnung,

geeignet f. jedes Geschäft (bes. auch Stellenvermittler), in unmittelbarer Nähe des Göttiger Bahnhofs, sofort s. verm. Lausitzerstr. 2.

!!! Sie laufen wie eine Biene !!!

wenn Sie unsere **gestrickten** Haus- und Straßenschuhe tragen. Kein Brennen der Füße, keine Schweißfüße, keine geschwollenen Gelenke, keine Krampfadern, keine Beinentzündung, keine Hühneraugen, keine Ballen, kein Druck an empfindl. hochstehenden Zehen, keine Gicht, kein Rheumatismus mehr: anschmiegend, weich, elastisch, ausdünstungsfähig. Garantie für sichere, dauernde Hilfe, auch in den verzweifeltsten Fällen, und absolute Brauchbarkeit unseres gestrickten Schuhwerks.

Telephon Königstadt 6252.

Reichhaltiges Lager in sehr warmen, mittelwarmen und kühlen Strickarten, jeder Witterung sowie jeder Eigenart der Füße entsprechend.

Illustrierte Preisliste franco.

Strickschuhfabr. Winzer & Co., O. Krautst. 52, Fabrikgeb. Hof 6. Aufg.

Einzelverkauf: **W. Potsdamer Str. 100,** Rosenthaler Str. 59, Nähe Steinstr. **NO.,** Gr. Frankfurter Str. 94, Nähe Markusstr. **Charlottenburg,** Kantstr. 125, Nähe Leibnizstr. **Hamburg,** Rutenmwete 12. **Leipzig,** Reichsstr. 1a. **Breslau,** Reichsstr. 42. **Spandau,** Nutzstr. Telefonst. 15. **Dresden,** Grunaer Str. 32. **München,** Maßmannspl. 4, II.*

Ziehung schon 11. u. 12. Juni 1913.

Rote Lotterie

Des Verbandes der Vaterländ. Frauen-Vereine d. Prov. Brandenburg (E. V.) 3667 Gewinne im Gesamtw.

100000 M
50000 M
10000 M usw.

Hauptgewinne Mark

Lose à 3 Mark (Porto und Liste 30 Pf. extra) (Nachnahme 20 Pf. teurer)

10 Lose, aus verschiedenen Tausenden einschliesslich Porto und Liste **M. 30.—**

empfiehlt u. versendet, auch geg. Nachnahme, das Generaldebit

G. Dischlatis & Co., Bank- und Lotterie-Geschäft, Berlin C 2, Königstr. 34-36.

Auch zu haben in sämtl. Lotterie- u. Zigarrengeschäften.